

Betreff:

Nachhaltige Integration in Erwerbsarbeit durch lebensbegleitendes Lernen
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 21.01.2013 -

Antragstext:

Gemäß Hessischem Weiterbildungsgesetz gehört „Weiterbildung“ zu den kommunalen Pflichtaufgaben. Auf Bundes- und auf Landesebene wird der Weiterbildung als Sicherung von Erwerbstätigkeit immer stärkere Bedeutung zugesprochen („4. Säule des Bildungssystems“, „Zentren lebensbegleitenden Lernens“). Für Wiesbaden als Optionskommune ist diese Perspektive selbstverständlich.

Neuere Forschungen über arbeitsmarktvermittelte Abgänge aus der Grundsicherung bzw. Verlaufsformen im SGB-II-Bezug belegen abermals, dass ein unterdurchschnittlicher Bildungsstand (fehlender Schul- und / oder Ausbildungsabschluss) das größte Risiko darstellt, (immer wieder) in den SGB-II-Bezug „zu rutschen“ bzw. länger dort zu verharren. Eine ältere Verlaufsanalyse für Wiesbaden kam 2002 ebenfalls zu dem Ergebnis: „Nachhaltige Integration in Erwerbsarbeit zur Sicherung einer selbständigen Lebensführung außerhalb der Sozialhilfe gelingt ohne eine grundlegende berufliche Qualifizierung insbesondere im Rhein-Main-Gebiet immer seltener“.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. eine Weiterbildungskonferenz zum Thema „Nachhaltige Integration in Erwerbsarbeit durch lebensbegleitendes Lernen“ zu veranstalten. Zusammen mit allen Weiterbildungseinrichtungen in Wiesbaden soll auf dieser Konferenz nach Mittel und Wegen gesucht werden, wie der Bildungsstand der Wiesbadener Bevölkerung gehoben werden kann, damit u.a. eine nachhaltige Integration in Erwerbsarbeit gesichert wird.
2. u.a. zur Vorbereitung der Weiterbildungskonferenz folgende Informationen zusammenzustellen:
 - Den Bildungsstand für Wiesbaden (Kategorien „höchster allgemeinbildender Schulabschluss“, „Anteil der Personen ohne Schulabschluss“, „Höchster beruflicher Ausbildungsabschluss“ bzw. „Anteil der Personen ohne Ausbildungsabschluss“) über den Mikrozensus-Regionalfiler. Diese Angaben werden zukünftig in das Monitoring „Weiterbildung“ aufgenommen.
 - Anhand der Angaben zu demographischen und soziokulturellen Merkmalen im Mikrozensus werden diese – wie ursprünglich beabsichtigt – sowohl mit dem Bildungsstand als auch mit dem Weiterbildungsverhalten in Beziehung gesetzt. Auch diese Angaben werden zukünftig in das Monitoring „Weiterbildung“ aufgenommen.
 - Die Ergebnisse einer Verlaufsstudie unter Bedingungen des aktuellen Sozialrechts in Anlehnung an die Studie „Macht Sozialhilfe abhängig? Eine Analyse zur Dauer des Sozialhilfebezugs in Wiesbaden“ vorzulegen.

Antrag Nr. 13-F-33-0004
CDU + SPD

Wiesbaden, 21.01.2013

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Sven Gerich
Fraktionsvorsitzender
(SPD-Fraktion)

Thomas Kroppen
Geschäftsführer

Ralf Munser
Geschäftsführer